

KERNPUNKTE DES ANTRAGS

Resolution für Respekt, Menschenwürde und eine starke kommunale Demokratie

Antragsteller	Fraktion Freie Wähler, i.V. Bernhard Lachmann - Gemeinderat Petershausen
Datum / Sitzungstag	14.07.2026 / zur Behandlung in der nächsten Gemeinderatssitzung am 30.07.2026
Antragsgegenstand	Beschluss einer gemeinsamen Resolution des Gemeinderats
Thema	Menschenwürde, demokratische Streitkultur, Schutz kommunalen Engagements

1. Antrag / Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat Petershausen möge folgende Resolution beschließen:

Der Gemeinderat Petershausen bekennt sich zur Würde jedes Menschen, zu den Menschenrechten und zu den Grundwerten unserer freiheitlichen Demokratie. Die Werte, auf denen unser demokratisches Gemeinwesen in Deutschland und Europa beruht, zeigen sich nicht nur in Gesetzen und Institutionen, sondern vor allem im täglichen Umgang miteinander.

Demokratie lebt von unterschiedlichen Überzeugungen, offener Debatte und deutlicher Kritik. Politische Entscheidungen sowie die Arbeit des Gemeinderats, des Bürgermeisters und der Verwaltung müssen öffentlich hinterfragt werden dürfen. Eine lebendige Gemeinde braucht Bürger, die sich einbringen, widersprechen als auch Verantwortung übernehmen.

Kritik gehört zur Demokratie. Beleidigung, Verleumdung, Einschüchterung, Bedrohung und Gewalt gehören nicht dazu.

Der Gemeinderat verurteilt persönliche Angriffe auf kommunale Amts- und Mandatsträger, Gemeindebeschäftigte sowie auf Menschen, die sich ehrenamtlich oder gesellschaftlich für Petershausen engagieren. Dabei macht es keinen Unterschied, welcher Partei oder politischen Richtung die Betroffenen angehören. Politische Auseinandersetzungen dürfen nicht in das private Leben der Beteiligten hineingetragen werden. Wer persönliche Daten oder private Lebensumstände verbreitet, um Menschen unter Druck zu setzen, überschreitet die Grenze demokratischer Auseinandersetzung. Auch Angehörige und das persönliche Umfeld dürfen nicht zum Mittel politischer Einschüchterung gemacht werden.

Ebenso entschieden wendet sich der Gemeinderat gegen Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und jede andere Form menschenfeindlicher Ausgrenzung. Wer Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder persönlichen Lebensumstände herabwürdigt, greift nicht nur die Betroffenen an, sondern auch die Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens.

Die Mitglieder des Gemeinderats sind sich ihrer besonderen Verantwortung für die politische Kultur in Petershausen bewusst. Auch bei grundlegenden Meinungsverschiedenheiten müssen Sachlichkeit, gegenseitiger Respekt und die Achtung der persönlichen Würde gewahrt bleiben.

Der Gemeinderat ruft alle Bürger, Parteien, Wählergruppen, Vereine und gesellschaftlichen Organisationen dazu auf, gemeinsam für ein Petershausen einzutreten, in dem politische Auseinandersetzungen offen, friedlich und ohne persönliche Einschüchterung geführt werden können.

3. Die Verwaltung wird gebeten

- diese Resolution auf der Internetseite der Gemeinde zu veröffentlichen,
- dort auf bestehende Beratungs- und Meldestellen für Betroffene von Hass, Bedrohungen und Gewalt hinzuweisen

4. Begründung

Kommunale Demokratie lebt vom persönlichen Einsatz der Menschen vor Ort. Wer Verantwortung übernimmt, ein Mandat ausübt, sich ehrenamtlich engagiert oder öffentlich seine Meinung vertritt, darf deshalb nicht zur Zielscheibe von Hass, Einschüchterung oder Gewalt werden.

Solche Angriffe treffen nicht nur einzelne Personen. Sie können Menschen zum Rückzug bewegen und andere davon abhalten, sich künftig für ihre Gemeinde zu engagieren. Damit schwächen sie das demokratische und gesellschaftliche Leben insgesamt.

Mit dieser Resolution setzt der Gemeinderat ein gemeinsames Zeichen. Für eine offene politische Debatte, für die Würde jedes Menschen und für den Schutz aller, die Verantwortung für Petershausen übernehmen.

5. Ergänzende Empfehlung der Antragsteller

(nicht Gegenstand der Beschlussfassung)

Wir regen an, innerhalb der Gemeinde eine Stelle zu benennen, die bekannt gewordene Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe gegen kommunal oder ehrenamtlich Engagierte und deren Angehöriger erfasst und dem Gemeinderat darüber in geeigneter, datenschutzkonformer Form berichtet.

Mit freundlichen Grüßen

Nicole Friedl, Bernhard Lachmann, Stefan Fischer, Hans Scherer